

Konzept für den sozialökologischen Umbau
der Stahlindustrie in öffentlichem Eigentum

Vergesellschaftung der Stahlindustrie als Krisen- und Transformationslösung

Eine Alternative zur herrschenden
Industrie- und Stahlpolitik





communia entwickelt seit 2020 als bewegungsnaher Thinktank Strategien für eine demokratische Wirtschaft, Vergesellschaftung und Öffentlichen Luxus. Dazu unterstützen wir soziale Bewegungen, die sich für Vergesellschaftung einsetzen und alternative, öffentliche und demokratische Eigentumsmodelle erproben, um Klimakrise und Ungleichheit zu überwinden. Wir gestalten Politik, forschen und entwickeln neue Erzählungen für eine Wirtschaft, die den Vielen dient – weil sie den Vielen gehört.

Impressum

Autoren: Justus Henze, Maximilian Wilken
Covergestaltung: Ramin Aryaie
Lektorat: Monika Elsler

communia e. V.,
2026

www.communia.de
presse@communia.de

Jetzt Fördermitglied werden oder spenden:
communia e. V.
DE25 4306 0967 1080 8089 00
GENODEM1GLS

www.communia.de/foerdermitglied-werden/
Spenden sind steuerlich absetzbar.

**Vergesellschaftung der Stahlindustrie als
Krisen- und Transformationslösung**

Vergesellschaftung der Stahlindustrie als Krisen- und Transformationslösung

**Eine Alternative zur herrschenden
Industrie- und Stahlpolitik**





Überblick

0	Executive Summary	5
1	Einleitung	6
2	Dimensionen der Stahlkrise: Daten und Krisenfaktoren	8
3	Dekarbonisierung der Stahlindustrie – Transformation in Zeiten der Krise	11
4	Stahlpolitik im Angesicht von Marktversagen: Warum es neue politische Ansätze braucht!	14
5	Vergesellschaftung: ein öffentliches Eigentumsmodell als Transformationshebel	17
6	Fazit und Forderungen	23

Executive Summary

- Die Stahlindustrie ist in einer existenziellen Krise. Zur strukturell verursachten weltweiten Überproduktion, zu einer aktuell schwachen Nachfrage und zu langen Investitionszyklen, die kurzfristigen Profitinteressen gegenüberstehen, kommt heute die enorme Herausforderung einer Umstellung der Produktion auf grünen Wasserstoff, um völkerrechtlich bindende Klimaziele zu erreichen.
- Es wird immer deutlicher: Einer Stahlindustrie in privater Hand kann der notwendige Umbau trotz massiver öffentlicher Förderungen nicht gelingen. Die Umstellung auf grünen Wasserstoff mit gleichzeitigem Ausbau der dafür notwendigen Infrastrukturen ist in der Logik privater Investitionszyklen und Renditeerwartungen nicht leistbar. Während die Konzerne dementsprechend ihre Profite sichern, solange es noch geht, sind Klimaziele, die industrielle Zukunft und zehntausende Arbeitsplätze akut bedroht.
- Die industriepolitischen Forderungen, die die Debatte um die aktuelle Stahlindustrie aktuell prägen, sind nicht ausreichend, um die notwendige Planungssicherheit und die anstehenden massiven Investitionen herzustellen und die Umsetzung einer gerechten Transformation tatsächlich sicherzustellen. Auch Rettungs-Teilverstaatlichungen werden die strukturellen Probleme nicht dauerhaft lösen können.
- Unterdessen sieht Artikel 15 des Grundgesetzes die Möglichkeit vor, die Stahlindustrie zum Zwecke der Vergesellschaftung in Gemeinwirtschaft zu überführen. Als Schlüsselindustrie wurde ihre Vergesellschaftung unter anderem von der IG Metall bereits in den 1980er Jahren gefordert. Vor dem Hintergrund der Klimakrise und der neu erwachten Vergesellschaftungsdebatte ist es an der Zeit, die bereits stark konzentrierte Stahlindustrie zu vergesellschaften und in ein demokratisches Eigentumsmodell zu überführen.
- Nur durch eine Ausrichtung am Gemeinwohl statt an Profitinteressen und nur durch eine demokratisch kontrollierte Koordination wird die Finanzierung der Umstellung auf grünen Wasserstoff möglich sein. Eine öffentliche Grundstoffindustrie muss und kann als Kernelement der Klimatransformation schnellstmöglich dekarbonisiert werden. Langfristig erlaubt eine Demokratisierung zudem eine Neuorientierung hin zu einer bedarfsgerechten Local-for-local-Produktion, sowie einen bedeutsamen Hebel für die weitergehende ökologische Transformation und Demokratisierung der Industrie.

1

Einleitung

Die deutsche (und europäische) Stahlindustrie ist – mal wieder – in der Krise. Zentrale Stahlkonzerne wie ThyssenKrupp Steel oder Hüttenwerke Krupp Mannesmann drohen mit Massenentlassungen; allein bei ThyssenKrupp Steel sollen 11.000 Arbeitsplätze abgebaut werden¹. Investitionspläne werden verschoben oder abgesagt². Die deutsche und europäische Stahlindustrie ist jedoch nicht zum ersten Mal in einer solchen Krise. Doch anders als heute wurde der drohende Beschäftigungsverlust in der Vergangenheit nicht immer nur mit der Forderung nach sozialer Abfederung beantwortet, sondern auch mit ambitionierten Modellen für eine industrielle Zukunft.

Fast 40 Jahre ist es her, dass die IG Metall gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Akteuren angesichts einer strukturellen Krise der deutschen Stahlindustrie ein radikales Konzept auf die Tagesordnung setzte: die Vergesellschaftung der Stahlkonzerne. Im Oktober 1983 stimmten die Delegierten des 14. Gewerkschaftstages fast einstimmig für eine Sozialisierung der Stahlindustrie.³

Heute steht die deutsche Stahlindustrie vor existenziellen Herausforderungen, die strukturell ähnlich, aber in ihrer gesellschaftlichen Dimension noch größer sind. In den 1980er Jahren waren es wie heute eine Überproduktion durch Standortkonkurrenz, Nachfrageschwäche durch Konjunkturflauten und strukturelle Profitabilitätsprobleme, die die Branche erschütterten. Die privaten Stahlkonzerne drohten

damals wie heute mit den gleichen vermeintlichen Lösungen: Arbeitsplatzabbau und Androhung von Werksschließungen – Rendite absichern auf dem Rücken von Beschäftigten und öffentlichen Kassen.

Doch trotz Ähnlichkeiten zu historischen Stahlkrisen ist die heutige ungleich komplexer: Die aktuelle Krise ist von einer Überlagerung allgemeiner Struktur- und konjunktureller Probleme mit der existenziellen Herausforderung der Klimaneutralität geprägt. Die Stahlindustrie ist nicht nur für 30 Prozent der deutschen Industrieemissionen verantwortlich⁴, sondern ist als Grundstoffindustrie gleichzeitig unverzichtbar für den Aufbau klimaneutraler Infrastrukturen, bspw. beim Ausbau der Bahn oder der erneuerbaren Energien. Während insbesondere die Dekarbonisierung der Stromversorgung bereits im Gange ist, steht die Dekarbonisierung der Stahlproduktion gerade erst am Anfang.

Doch selbst die ersten vorsichtigen Versuche einer Transformation stehen schon wieder infrage. Trotz staatlicher Beihilfen stoppte bspw. ArcelorMittal seine Dekarbonisierungspläne und verzichtete auf 1,3 Milliarden Euro Fördermittel.⁵ ArcelorMittal begründet die Transformationsabsage auch mit Verweis auf die Stahlkrise und unklare Zukunftsaussichten. Die Transformation des Stahlsektors ist und bleibt ungeklärt, und stetig wachsen die Zweifel, ob die privaten Stahlkonzerne und ihre Investoren die richtigen Partner für die Dekarbonisierung der Stahlindustrie sind.

1 <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/thyssenkrupp-sanierungstarifvertrag-100.html>, abgerufen am 20.1.2026

2 <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/arcelor-mittal-stahlhersteller-sagt-wasserstoffprojekt-in-milliardenhoehe-ab/100136073.html>, abgerufen am 20.1.2026

3 <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1176984.ig-metall-gemeineigentum-als-krisenloesung.html>, abgerufen am 20.1.2026

4 Germanwatch Hintergrundpapier: Klimaneutrale Stahlindustrie https://www.germanwatch.org/sites/default/files/germanwatch_klimaneutrale_stahlindustrie_2023.pdf, abgerufen am 20.1.2026

5 <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/arcelor-mittal-stahlhersteller-sagt-wasserstoffprojekt-in-milliardenhoehe-ab/100136073.html>, abgerufen am 20.1.2026

Doch heute wie vor 40 Jahren gibt es eine Alternative: Anstatt ohnmächtig vor Krisenfolgen und Transformationsherausforderungen zu stehen und auf wenig Erfolg versprechende Verhandlungen mit den privaten Stahlkonzernen zu setzen, bietet das deutsche Grundgesetz die Möglichkeit, die private Stahlindustrie zur Zukunftssicherung und zum Allgemeinwohl in Gemeinwirtschaft zu überführen. Schon 1981 berief sich das „Memorandum 81“ der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik auf Artikel 15 des Grundgesetzes (GG), der „die Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln“ erlaubt.⁶ Auch die IG-Metall-Satzung fordert seit 1949 in Paragraph 2 eine „Überführung von Schlüsselindustrien [...] in Gemeineigentum“.⁷ Heute kämpft die Initiative „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ für die Vergesellschaftung großer Teile des Berliner Wohnungsbestands und konnte 59,1 Prozent der Wähler*innen davon überzeugen. Die neuerliche Debatte und die politischen Auseinandersetzungen um Vergesellschaftung liefern interessante Erkenntnisse, die sich produktiv auf den Stahlsektor übertragen lassen.

Denn interessanterweise wurde Art. 15 GG ursprünglich nicht für Bereiche der Daseinsvorsorge erkämpft, sondern – durch die historische Arbeiter*innenbewegung – für industrielle Kernbereiche wie Energie- und Stahlproduktion.

Das vorliegende Papier knüpft bewusst an die historischen Erfahrungen der Auseinandersetzungen um öffentliches Eigentum in der Stahlindustrie an und entwickelt ein zeitgemäßes Konzept für öffentliches Eigentum als Hebel der Klimatransformation. Dabei geht es nicht um die reine Verstaatlichung, sondern um Vergesellschaftung, das heißt eine Transformationsstrategie durch öffentliches Eigentum, Demokratisierung und Orientierung am Gemeinwohl als Gegenentwurf zu marktwirtschaftlich getriebenem Verfall, Jobverlusten oder planloser Rettungsverstaatlichung. Das Papier zeigt, warum die Vergesellschaftung der Stahlindustrie heute nicht nur möglich, sondern notwendig ist – als Antwort auf eine Krise, die sowohl industriell als auch ökologisch existenziell ist.

6 Memorandum '81: Demokratische Wirtschaftspolitik gegen Marktmacht und Sparmaßnahmen <https://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/kontext/controllers/document.php/608.c/8/48d309.pdf>, abgerufen am 20.1.2026

7 Satzung der IG Metall https://www.igmetall.de/download/20231222_IGM_Satzung_2024_232da4272e6e85e92c762acbccd45ac-b4569dafd.pdf, abgerufen am 20.1.2026

2

Dimensionen der Stahlkrise: Daten und Krisenfaktoren

Mit einem Jahresumsatz von 55,2 Milliarden Euro (2022) und etwa 90.000 direkten Beschäftigten ist die Stahlindustrie ein zentraler Pfeiler der deutschen Industriestruktur. Deutschland ist der siebtgrößte Rohstahlhersteller weltweit und der größte Produzent in der EU.⁸ Die vier dominierenden Unternehmen – ThyssenKrupp Steel Europe AG (TKSE) mit 10,4 Millionen Tonnen, ArcelorMittal Germany Holding GmbH mit 6,5 Millionen Tonnen, Salzgitter AG mit 5,7 Millionen Tonnen und Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH (HKM) mit 3,8 Millionen Tonnen – kontrollierten 2023 den Großteil der nationalen Produktionskapazitäten.⁹

Doch aktuell befindet sich die Branche in der Krise: Die Rohstahlproduktion in Deutschland sank in den letzten Jahren kontinuierlich von ihrem Höhepunkt bei ca. 45 Millionen Tonnen im Jahre 2012 auf nur 35 Millionen Tonnen im Jahr 2023. Trotz leichter Erholung 2024 sank die Produktion im ersten Halbjahr 2025 wieder um 12 Prozent.¹⁰ Die aktuellen Produktionsrückgänge manifestieren sich in Stellenabbauplänen und einer Streichung von Zukunftsinvestitionen:

TKSE will bis 2030 insgesamt 11.000 Arbeitsplätze streichen¹¹. ArcelorMittal stoppte an den Standorten Bremen und Eisenhüttenstadt trotz einer zugesagten Fördersumme von 1,3 Milliarden¹² Euro Dekarbonisierungsinvestitionen in wasserstoffbasierte Direktreduktionsanlagen¹³. Auch bei HKM werden von Arbeitgeberseite bis zu 3.000 Stellen infrage gestellt¹⁴.

Ein kritisches Element der Krise, das oft unterschätzt wird, ist die geografische Konzentration der Stahlproduktion und damit die Konzentration der Beschäftigungsverluste. Die Stahlindustrie konzentriert sich auf fünf Standortcluster: Duisburg/Ruhrgebiet, Bremen, Eisenhüttenstadt, Saarland und Salzgitter. Diese Regionen sind stark spezialisiert und abhängig von der Stahlindustrie. In und um Duisburg sind nach Schätzungen von IW Consult mittelfristig 55.000 Jobs bedroht. Bei einer Region mit etwa 450.000 Einwohnern bedeutet das einen strukturellen Umbruch, der sich nicht einfach durch nationale „Arbeitsmarktflexibilität“ lösen lässt.¹⁵

8 <https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Artikel/Branchenfokus/branchenfokus-stahl-und-metall-01.html>, abgerufen am 20.1.2026

9 Statista: Größte Stahlproduzenten nach Rohstahlmenge 2023 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/153022/umfrage/die-groessten-stahlproduzenten-nach-produktionsmenge-in-deutschland/>, abgerufen am 20.1.2026

10 <https://www.wvstahl.de/pressemitteilungen/pm-rohstahlproduktion-in-deutschland-weiter-auf-talfahrt-erneut-starker-rueckgang-im-juli/>, abgerufen am 20.1.2026

11 <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/thyssenkrupp-sozialplan-stellenabbau-100.html>, abgerufen am 20.1.2026

12 <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/arcelor-mittal-absage-wasserstoff-100.html>, 20.1.2026

13 Die Direktreduktion ist ein neues Verfahren zur Eisenerzeugung und gilt als Schlüsseltechnologie zur Dekarbonisierung der Stahlindustrie.

14 <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/huettenwerke-krupp-mannesmann-neuer-schlag-fuer-traditions-stahlwerk-110400774.html>, abgerufen am 20.1.2026

15 <https://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/tillman-hoenig-benita-zink-stellenabbau-koennte-bundesweit-bis-zu-55000-arbeitsplaetze-kosten.html>, abgerufen am 20.1.2026

2.1 Krisenfaktoren und Investitionsrisiken

Strukturelle Überkapazitäten

Die technologischen Bedingungen der Stahlproduktion – integrierte Großanlagen und Notwendigkeit von Skaleneffekten, enorme Kapitalintensität – führen unter Bedingungen von kapitalistischer Konkurrenz und nationalstaatlichem Wettbewerb notwendigerweise zu Überkapazitäten, die sich historisch immer wieder krisenhaft manifestiert haben. Aktuell erreichen die globalen Überkapazitäten etwa 600 Millionen Tonnen – fast ein Viertel der weltweiten Stahlproduktion; die Tendenz ist laut OECD steigend.¹⁶

Importdruck

Ein zentraler Krisenfaktor ist der massive Importdruck aus Asien. So wird chinesischer Stahl etwa zehnmal stärker subventioniert als in den OECD-Nationen.¹⁷ Neben Kostenvorteilen durch staatliche Lenkung, Industrieförderung und niedrige Löhne spielen günstige Energiepreise eine wichtige Rolle. Obwohl Deutschland immer noch Netto-Stahlexporteur ist, besteht also enormer Preisdruck aus dem Ausland. Zwar gibt es mit dem CO₂-Grenzausgleichsmechanismus „Carbon Border Adjustment Mechanism“ (CBAM) durch die EU-Verordnung 2023/956 ab 2026 einen Schutz gegen Importdruck durch fossilen Stahl. Jedoch gewinnen auch im Bereich grüner(er) Stahlproduktion die chinesischen Hersteller dazu – sie investieren massiv in die Dekarbonisierung der Stahlindustrie.¹⁸

Energiepreise, CO₂-Bepreisung und Klimaneutralität

Aktuell wird Rohstahl über die Hochofenroute hergestellt, die auf fossile Kohle angewiesen ist, um per Direktreduktion von Eisenerzen Roheisen zu gewinnen. Die Direktreduktion ist ein Prozess, der nicht einfach elektrifiziert werden kann, sondern auf ein alternatives Reduktionsmittel angewiesen ist (in Zukunft grüner Wasserstoff). Ein weiterer Anteil von ca. 30 Prozent wird in Deutschland mithilfe von elektrischen Lichtbogenöfen aus Schrott recycelt, ist also auf günstige elektrische

Energie angewiesen.¹⁹ Während die Stahlproduktion aktuell entgeltfreie Emissionszertifikate erhält, um den internationalen Konkurrenzdruck abzumildern, soll sich dies EU-weit ab 2034 ändern. Reinvestitionen in klassische fossile Hochofenproduktion sind also langfristig unrentabel und mit Klimazielen unvereinbar. Die Alternative der Direktreduktion durch Wasserstoff krankt aktuell an mangelnder Verfügbarkeit und an schwer absehbaren Preisentwicklungen. Dies wiederum hat eine Unterinvestition durch privates Kapital zur Folge.

Konjunkturelle Schwäche und Nachfrageeinbruch

Neben den strukturell bedingten globalen Überkapazitäten setzt auch eine schwache (Binnen)Nachfrage der deutschen Stahlindustrie zu. Trotz der Globalisierung der Stahlindustrie bleibt die (heimische) Binnennachfrage nach Stahl als Grundstoff der Bau-, Automobil- und Maschinenbauindustrie ein wichtiger Faktor für die Stahlproduktion. Eine Folge der aktuellen konjunkturellen Schwäche ist eine allgemein geringe Investitionsbereitschaft in den vergangenen Jahren und daher eine schwache Stahlnachfrage. Noch dazu belastet die US-Zollpolitik die Auslandsnachfrage nach deutschem Stahl und damit den Exportteil der Produktion weiter.

16 OECD: Steel Outlook 2025 https://www.oecd.org/en/publications/oecd-steel-outlook-2025_28b61a5e-en.html, abgerufen am 20.1.2026

17 <https://www.produktion.de/wirtschaft/stahlmarkt-unter-druck-china-und-indien-legen-vor-508.html>, abgerufen am 20.1.2026

18 <https://taz.de/Gruener-Stahl/!6112208/>, abgerufen am 20.1.2026

19 Wirtschaftsvereinigung Stahl: Stahlschrott – statistischer Bericht https://www.wvstahl.de/wp-content/uploads/20230905_Statis-tischerBericht-_Stahlschrott_2023.pdf, abgerufen am 20.1.2026

3

Dekarbonisierung der Stahlindustrie – Transformation in Zeiten der Krise

Die Kennzahlen der aktuellen Stahlkrise erinnern an immer wiederkehrende ökonomische Krisen der vergangenen Dekaden. Doch zu diesen strukturellen Krisentendenzen tritt heute eine weitere Herausforderung hinzu, die sie verstärkt und überlagert: die Dekarbonisierung. Während andere Sektoren der deutschen Wirtschaft – insbesondere die Stromversorgung – bereits substanzielle Fortschritte bei der Emissionsminderung erzielt haben, steht die Dekarbonisierung der Grundstoffindustrie, allen voran der Stahlindustrie, erst am Anfang.

Die Klimadimension: Emissionen und Klimaziele

Die deutsche Stahlindustrie emittierte 2022 etwa 48,9 Millionen Tonnen CO₂ und ist damit für 30 Prozent aller Industrieemissionen sowie 7 Prozent der gesamten deutschen Treibhausgasemissionen verantwortlich.²⁰ Die Dekarbonisierung der Stahlindustrie erfordert einen vollständigen Technologiewechsel von der traditionellen Hochofenroute zur wasserstoffbasierten Direktreduktion. Bei der konventionellen Produktion entsteht CO₂ prozessbedingt durch die Verbrennung von Kohle zur Reduktion von Eisenerz.

Der Umstieg auf grünen Wasserstoff als Reduktionsmittel kann diese Emissionen um bis zu 95 Prozent reduzieren.²¹ Pro Tonne eingesetztem grünem Wasserstoff können in der Stahlindustrie 28 Tonnen CO₂-Emissionen eingespart werden – die höchste CO₂-Vermeidungseffizienz aller Industriesektoren.²² Bei vollständiger Dekarbonisierung könnte knapp ein Drittel der CO₂-Emissionen der deutschen Industrie eingespart werden.

Stahl als sinnvolles Einsatzgebiet für grünen Wasserstoff

Während in anderen Bereichen fragwürdig ist, ob grüner Wasserstoff eine sinnvolle Alternative ist, sind sich Expert*innen weitgehend einig, dass der Stahlsektor eine der ökonomisch sinnvollsten Anwendungen für grünen Wasserstoff darstellt.²³ In den aktuellen Klima- und Transformationsdebatten werden gerade von Unterstützer*innen eines fossilen „Weiter so“ Wasserstofflösungen als Allheilmittel behauptet – beispielsweise in der Diskussion um H₂-ready-Gasheizungen beim Gebäudeenergiegesetz („Heizungsgesetz“). Trotz aller berechtigter Skepsis gegenüber diesen Wasserstoff-Nebelkerzen ist der Stahlsektor als Grundstoffindustrie einer der sehr wenigen Wirtschaftssektoren mit keinen oder kaum sinnvollen alternativen Dekarbonisierungsmöglichkeiten, und stellt damit ein notwendiges Einsatzgebiet für grünen Wasserstoff dar.

Darum ist das Gelingen der Dekarbonisierung der Stahlindustrie als ein Leitsektor der Grundstoff-

20 Germanwatch Hintergrundpapier: Klimaneutrale Stahlindustrie https://www.germanwatch.org/sites/default/files/germanwatch_klimaneutrale_stahlindustrie_2023.pdf, abgerufen am 20.1.2026

21 <https://www.springerprofessional.de/anlagenbau/rohstoffe/95-prozent-weniger-co2-bei-der-stahlproduktion/18437776>, abgerufen am 20.1.2026

22 <https://www.wvstahl.de/wasserstoff-zentraler-baustein-auf-dem-weg-in-die-klimaneutrale-stahlproduktion/>, abgerufen am 20.1.2026

23 Clean Hydrogen Ladder: version 5.0 <https://globalhydrogenhub.com/report-presentation/clean-hydrogen-ladder-version-5-0>, abgerufen am 20.1.2026

industrie neben dem klimaneutralen Umbau der Chemie- und Zementindustrie die zentrale Herausforderung für das Erreichen der Klimaziele im Industriebereich. Während im Bereich der Produktion von erneuerbaren Energien (insbesondere Speicher und Solarzellen) China eine Vorreiterrolle eingenommen hat, ist der Wettlauf um die Dekarbonisierung der Industrie (insbesondere Stahl, Zement und Chemie) noch offen. Hier könnte Europa durch Tätigung der notwendigen Primärinvestitionen eine Vorreiterrolle einnehmen und damit auch zur Erreichung globaler Klimaziele beitragen.

Investitionsbedarfe und Potenziale grüner Stahlproduktion

Die Transformation zur klimaneutralen Stahlproduktion erfordert gewaltige Investitionen: Allein für die Rohstahlerzeugung sind bis 2050 Investitionen von rund 30 Milliarden Euro für die Dekarbonisierung der aktuellen Produktionskapazitäten notwendig.²⁴ Für den Großteil der deutschen Stahlproduktion stehen allerdings ohnehin Ersatz-Investitionen an. Diese dürften jedoch erheblich niedriger ausfallen als die veranschlagten Transformationskosten. Hochöfen müssen ca. alle 15–20 Jahre für eine neue „Ofenreise“ generalüberholt werden.²⁵ Bis 2035 erreichen die meisten Hochöfen in Deutschland das Ende ihrer Lebensdauer; bis 2045 müssen alle deutschen Hochöfen ausgetauscht werden.²⁶ Zu jetzigen Preisen ist der Bau einer wasserstoffbasierten Direktreduktionsanlage jedoch um ein Vielfaches teurer als der eines konventionellen Hochofens.²⁷ EUROFER, der Wirtschaftsverband der europäischen Eisen- und Stahl-

industrie, beziffert die Investitionsbedarfe für die Transformation der europäischen Stahlindustrie auf 52 Milliarden Euro im Vergleich zu 34 Milliarden Euro für konventionelle Ersatzinvestitionen; es ergibt sich also eine Differenz von 18 Milliarden Euro allein aufgrund der Klimatransformation.²⁸

Betriebskosten und grüner Wasserstoff

Die emissionsarme Stahlproduktion setzt enorme Mengen grünen Wasserstoffs voraus, der aus erneuerbaren Energiequellen gewonnen werden muss. Für die komplette Umstellung der Branche wird ein Wasserstoffbedarf von bis zu 80 Terawattstunden bis 2050 prognostiziert.²⁹ Aktuell kostet eine konventionell hergestellte Tonne Stahl ca. 390 Euro. Studien gehen bei einer Produktion mit grünem Wasserstoff von Mehrkosten in Höhe von ca. 280 Euro pro Tonne aus.³⁰

Die realen Kosten sind jedoch schwer prognostizierbar. Denn sie hängen vom zukünftigen Preis für grünen Wasserstoff ab, der aktuell noch nicht in ausreichenden Mengen verfügbar ist. Der gesamte Bedarf an grünem Wasserstoff wird sich nicht mit den Kapazitäten aus erneuerbaren Energien in Deutschland decken lassen, Prognosen gehen von einem Importanteil von ca. 50–70 Prozent im Jahre 2050 aus.³¹

Die aktuelle deutsche Importpolitik, bspw. im Rahmen des Programms „H2Global“ oder der nationalen Wasserstoffstrategie, zeigt ihre Probleme. So kritisieren Klima- und Umweltverbände sowohl die Umweltfolgen als auch die neokolonialen Handelsstrukturen beim Wasserstoffimport aus Ländern des globalen

24 <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/handelsblatt-jahrestagung-zukunft-stahl-der-aktuelle-boom-truegt-der-stahlbranche-droht-schon-der-naechste-absturz/26992484.html>, abgerufen am 20.1.2026

25 <https://www.vdi-nachrichten.com/wirtschaft/rohstoffe/stahlindustrie-die-letzte-ofenreise/>, abgerufen am 20.1.2026

26 Büro für Technikfolgenabschätzung beim deutschen Bundestag: Alternative Technologiepfade für die Emissionsreduktion in der Grundstoffindustrie <https://publikationen.bibliothek.kit.edu/1000170906/152949640>, abgerufen am 20.1.2026

27 Prognos: Transformationspfade für die Stahlindustrie in Deutschland https://www.wvstahl.de/wp-content/uploads/202203_WVS_TransformationspfadeStahl_Prognos.pdf, abgerufen am 20.1.2026

28 EUROFER: Low Carbon Roadmap <https://www.eurofer.eu/assets/Uploads/EUROFER-Low-Carbon-Roadmap-Pathways-to-a-CO2-neutral-European-Steel-Industry.pdf>, abgerufen am 20.1.2026

29 Deutscher Wasserstoff und Brennstoffzellenverband: Grüner Stahl <https://dwv-info.de/wp-content/uploads/2023/04/20210616-EP-Gruener-Stahl-min-1.pdf>, abgerufen am 20.1.2026

30 acatech und DECHEMA: Wasserstoffkompass https://dechema.de/Themen/Studien+und+Positionspapiere/2024+O3+H2+Kompass/_/H2K_IND_Stahl.pdf, abgerufen am 20.1.2026

31 <https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Wasserstoff/Dossiers/wasserstoffstrategie.html>, abgerufen am 20.1.2026

Südens, deren Stromversorgung aktuell nicht einmal die Binnennachfrage der jeweiligen Länder deckt.³² Im Kontext der aktuellen globalen ökonomischen Kräfteverhältnisse bleibt es eine ungelöste Frage, ob und wie ein global gerechter Import von grünem Wasserstoff für die Industrie-Dekarbonisierung im globalen Norden gelingen kann. Ein Wasserstoffsektor in Gemeinwirtschaft, also befreit vom privaten Profitmotiv, verbessert zumindest die Ausgangslage für eine global gerechte Produktions- und Importplanung sowie für eine global gerechte Handelspolitik.

Diese Analyse führt zu einer klaren Schlussfolgerung: Die Transformation zur klimaneutralen Stahlindustrie ist unter privater Regie strukturell nicht leistbar. Sie erfordert öffentliche Planung, öffentliche Investitionen und demokratische Kontrolle.

Die Klimainvestitionslücke und das Versagen privater Akteure

Der deutschen Stahlindustrie steht eine massive Erneuerungswelle bevor, die gleichzeitig dekarbonisiert werden muss. Die notwendigen Investitionen dafür werden trotz massiver Subventionen aktuell nicht aufgebracht.

Das NewClimate Institute hat gezeigt, dass die bisher von der globalen Stahlindustrie vorgelegten Targets nur 6–12 Prozent Emissionsreduktion bis 2030 und 36–50 Prozent bis 2050 erreichen – deutlich unterhalb des 1,5-Grad-Pfades.³³ Laut dem OECD Steel Outlook 2025 basieren 40 Prozent der weltweit bis 2027 neu geplanten Stahlkapazitäten weiterhin auf der emissionsintensiven Hochofenroute.³⁴

Eine aktuelle Studie der Hans-Böckler-Stiftung und der Universität Mannheim beziffert die Lücke für Deutschland: Einem zukünftigen Bedarf von 20 Millionen Tonnen grünem Primärstahls stehen Investitionen für nur 8 Millionen Tonnen gegenüber.³⁵

Diese Lücke von 12 Millionen Tonnen ist nicht ein Planungsfehler, der sich durch bessere Förderkonditionen lösen ließe, sondern sie ist ein fundamentales Versagen der privaten Stahlkonzerne, ambitioniert in die grüne Transformation zu investieren. Unter den Bedingungen privater Renditeorientierung, hoher Unsicherheit und globaler Überkapazitäten findet die notwendige Transformation nicht statt.

32 <https://www.klima-allianz.de/mitglieder/unsere-mitglieder/mitglied/wasserstoffimportstrategie-der-bundesregierung-in-der-kritik>, abgerufen am 20.1.2.2026

33 New Climate Institute: Decarbonisation in the Global Steel Sector <https://newclimate.org/resources/publications/decarbonisation-in-the-global-steel-sector-tracking-the-progress>, abgerufen am 20.1.2026

34 OECD: Steel Outlook 2025 https://www.oecd.org/en/publications/oecd-steel-outlook-2025_28b61a5e-en.html, abgerufen am 20.1.2026

35 Patrick Kaczmarczyk und Tom Krebs: Grüner Stahl als zentraler Pfeiler einer resilienten Wirtschaft https://www.vwl.uni-mannheim.de/media/Lehrstuehle/vwl/Krebs/Gruener_Stahl.pdf, abgerufen am 20.1.2026

4

Stahlpolitik im Angesicht von Marktversagen: Warum es neue politische Ansätze braucht!

Kurzfristige Profitorientierung vs. langfristige Transformation und kohärente Planung

Die aktuelle Krise der deutschen Stahlindustrie offenbart das fundamentale Versagen marktbasierter Krisen- und Transformationsansätze. Private Unternehmen orientieren sich primär an kurzfristigen Renditeerwartungen, was mit den langfristigen Investitionserfordernissen der Stahltransformation für Klimaneutralität kollidiert.

Die Konzernführungen stehen vor einem Dilemma: Investieren sie in konventionelle Produktionsanlagen, sind diese spätestens ab 2034 durch Emissionshandel und regulatorische Auflagen unwirtschaftlich. Investieren sie in grüne Technologien, sind die Mehrkosten kurzfristig nicht am Markt durchsetzbar und den privaten Aktionär*innen schwer zu vermitteln.

Hinzu kommt die gegenwärtige Profitabilitätskrise der Stahlindustrie: Die strukturellen Überkapazitäten, der massive Preisdruck sowie die schwache Binnenfrage führen zu sinkenden Margen. Die Stahlindustrie ist gegenwärtig nicht profitabel genug, um die Transformation aus eigener Kraft zu finanzieren. Staatliche Übernahmen oder massive staatliche Unterstützung stehen faktisch bereits an, die politische Frage ist nur: In welcher Form?

Das »Henne-Ei-Problem« und strukturelle Unterinvestition

Hinzu kommt ein grundsätzliches Dilemma einer grün-kapitalistischen Transformationspolitik, das auf Anreizsetzung für private Investitionen setzt. Private Konzerne mit kurzfristigem Verwertungsdruck auf die Investitionen ihrer Aktionär*innen sind allgemein – aber auch gerade in ökonomischen Stagnationszeiten – denkbar schlecht geeignet, um neue industrielle Sektoren und Märkte zu etablieren.

Besonders deutlich zeigt sich das bei den miteinander verbundenen Märkten für grünen Stahl und Wasserstoff: Umfangreiche Investitionen in Hydrolyse-Infrastrukturen für grünen Wasserstoff lohnen sich für Private Akteure nicht, da es aktuell zu wenig Nachfrage nach grünem Wasserstoff gibt, weil dieser aufgrund fehlender Skalierung und nicht vorhandener Netze zu teuer ist. Solange aber grüner Wasserstoff nicht günstiger und umfangreicher zur Verfügung steht, lohnt sich für private Eigentümer*innen auch die Investition in die Dekarbonisierung von Stahl nicht.

Die enormen Risiken und Planungsunsicherheiten, die durch mangelnde Etablierung neuer Technologien entstehen, führen zu struktureller Unterinvestition. Dieser Koordinationsmangel kann durch Marktmechanismen allein nicht gelöst werden – er erfordert öffentliche Planung und Kontrolle.

Das Scheitern der Subventionspolitik

Die bisherige Praxis, über Emissionshandel und Subventionen private Investitionen anzureizen, droht zu scheitern: Unternehmen erhalten staatliche Hilfen, ohne dass sich grundlegende Strukturprobleme lösen und ohne dass dadurch Arbeitsplätze langfristig gesichert werden. Subventionen finanzieren aktuell zudem notwendigerweise private Eigenkapitalrenditen und Risikoaufschläge mit – finanzielle Spielräume, die stattdessen zur grünen Transformationsfinanzierung genutzt werden könnten. Anstatt die Risikoaversion privater Betreiber staatlich abzusichern, könnten staatliche Investitionen direkt und zielsicher in Richtung Klimaneutralität gelenkt werden. Dies würde den Umbau der Industrie aktiv gestalten, anstatt dass nur passiv reagiert wird.

Im Trend: Rettungsverstaatlichungen

Die Bedeutung der Stahlindustrie als Grundbedingung industrieller Wertschöpfungsketten sorgte schon immer für ein hohes Maß an staatlichen Eingriffen. So kann die EU ihre Geschichte unter anderem auf Versuche der westeuropäischen Staaten, die heimische Bergbau-, Kohle-, und Stahlindustrie zu schützen, zurückführen (die einstige „Montanunion“). Weiterhin wird die Aufrechterhaltung eigener Produktionskapazitäten von vielen Nationalstaaten als überragendes staatliches Interesse begriffen.

Daher kommen in der Industrie regelmäßig Rettungsverstaatlichungen vor, und sie werden von Gewerkschaften und Linken, aber auch aus der Mitte und von rechts gefordert. So konnte US-Präsident Donald Trump im Zuge der Übernahmeverhandlungen von US Steel durch das japanische Nippon Steel ein ungewöhnliches Maß an staatlicher Kontrolle durchsetzen. Auch das Durchsetzen von weitreichenden Eingriffsmöglichkeiten in den Betrieb des letzten noch aktiven Hochofens in Scunthorpe per Notgesetz durch die Labour-Regierung in Großbritannien oder der Einstieg des italienischen Staates bei einem Stahlwerk von ArcelorMittal zeigen das allgemeine und aktuell gesteigerte Interesse nationaler Regierungen, auf die ökonomisch so wichtige Stahlindus-

trie Einfluss auszuüben. Während die chinesische Stahlindustrie ohnehin unter besonderer staatlicher Kontrolle steht, bekennt sich die EU zwar offiziell weiterhin zu marktwirtschaftlichen Instrumenten, nimmt aber auch selbst weitgehende Eingriffe und Steuerungen vor.³⁶

Staatliche Eingriffe wie in Großbritannien oder Italien, die immer dann getätigt werden, wenn private Eigentümer*innen scheitern, sind jedoch keine langfristig sinnvolle Industriepolitik. Sie stabilisieren kurzfristig, lösen aber die strukturellen Probleme nicht: Die Widersprüche zwischen kurzfristiger Profitorientierung und langfristiger Transformation bleiben bestehen, langfristig drohen Reprivatisierungen, und die demokratische Kontrolle bleibt begrenzt.

Kritik der Stahlpolitik: politische Lösungsansätze im Vergleich

Im Kontext der beschriebenen Herausforderungen der aktuellen Industriepolitik und des drohenden Scheiterns der marktgesteuerten Transformation lassen sich die aktuellen industriepolitischen Vorschläge in Deutschland grob in drei Ansätze einordnen.

Krise als Chance für die Kapitalseite

Die Kapitalseite fordert, wie zu erwarten war, Entlastungen und weitere Subventionen, um die Wettbewerbsfähigkeit und damit die eigene Kapitalrentabilität auf Kosten von Arbeitnehmer*innen und öffentlichen Haushalten wieder zu erhöhen.

Neben einer Nullrunde bei der anstehenden Tarifrunde in der Stahlbranche fordert die Wirtschaftsvereinigung Stahl (WV Stahl) eine Senkung der Strompreise, Planungssicherheit und Bürokratieabbau, sowie zusätzliche Unterstützung aus dem Sondervermögen Infrastruktur.^{37,38}

Ein zukunftsfähiges Konzept zur Lösung der strukturellen Herausforderungen der Stahlkrise hat die Arbeitgeberseite jedoch nicht. Stattdessen setzt

36 <https://communia.de/gastbeitrag-stahl-vergesellschaften/>, abgerufen am 20.1.2026

37 Wirtschaftsvereinigung Stahl: Forderungen der Stahlindustrie https://www.wvstahl.de/wp-content/uploads/20250212_Forderungen_21_Legislatur-1.pdf, abgerufen am 20.1.2026

38 Bundesverband Baustoffe und Wirtschaftsvereinigung Stahl: Positionspapier zum Sondervermögen https://www.wvstahl.de/wp-content/uploads/20250707_PosPapPositionspapier_Sondervermoegen_Infrastruktur_Klimaneutralitaet_bbs_WVS.pdf, abgerufen am 20.1.2026

sie wie üblich auf Arbeitsplatzabbau, Standortverlagerung, staatliche Unterstützung ohne Gegenleistung sowie Bremsung der Klimatransformation im Sinne kurzfristiger Erträge.

Prinzip Hoffnung und politisches „Weiter so!“

Vor allem die IG Metall sowie Teile der regierenden SPD und der in der Opposition befindlichen Grünen bringen in der Stahlkrise altbekannte Vorschläge ein: Zwar fordert die IG Metall von Kanzler Merz ein Bekenntnis zur Dekarbonisierung, setzt jedoch auch weiter auf private Investitionen, die durch staatliche Fördermittel angeschoben werden sollen.³⁹

Hinzu kommen Forderungen nach einem gedeckelten Industriestrompreis, dem Abbau „unfairer“ Zölle und Handelshemmnisse und weitere Vorschläge zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Begleitet wird dies durch Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhungen in der kommenden Tarifrunde.⁴⁰

So bleibt das Lager von IG Metall, SPD und Grünen letztlich bei einer Linie, die bis auf die sozialpolitische Pointierung nicht allzu weit von der Arbeitgeberseite entfernt ist: Wettbewerbsrahmen und staatliche Förderung statt struktureller Lösungen.

Variationen der Rettungsverstaatlichung und erste Forderungen nach Vergesellschaftung

Teile des progressiven Spektrums und der IG Metall fordern angesichts der Krise und der Absage der grünen Transformation durch Teile der privaten Stahlindustrie weitergehende Lösungen.^{41,42}

Einzelne SPD-Politiker*innen, wie die Co-Vorsitzende des NRW-Landesverbands, Sarah Philipp⁴³, sprechen sich für eine staatliche Beteiligung an kriselnden Stahlkonzernen aus, um mehr Kontrolle zu gewinnen. Auch die Partei Die Linke fordert Varianten

staatlicher Beteiligung oder gar eine Verstaatlichung der Stahlkonzerne – der Kreisverband Duisburg verlangt bereits seit einem Jahr die Vergesellschaftung der gesamten Stahlindustrie⁴⁴.

Dieses progressive industriepolitische Spektrum lässt sich grob in drei Positionen unterteilen: Akteure, die (a) einen staatlichen Einstieg als Minderheitsaktionär bei kriselnden Konzernen fordern, (b) eine Verstaatlichung der Stahlkonzerne zur stärkeren Kontrolle und zur Bereitstellung von Liquidität oder (c) eine Vergesellschaftung der Stahlindustrie.

Die Krise der deutschen Stahlindustrie und das gleichzeitige Versagen marktbasierter Transformationsansätze machen deutlich: Es braucht grundlegend neue Modelle, um sowohl die industrielle Zukunft und lokale Wertschöpfung als auch die Klimaziele zu sichern. Vergesellschaftung bietet hier einen Ausweg aus dem Widerspruch zwischen kurzfristiger Profitorientierung und langfristigen gesellschaftlichen Zielen und ist angesichts der Herausforderungen in der europäischen Stahlindustrie der Kern von zukunftsfähiger Industriepolitik.

39 <https://www.igmetall.de/stahl-ist-zukunft>, abgerufen am 20.1.2026

40 <https://www.igmetall.de/tarif/tarifrunden/eisen-und-stahl/stahl-tarifverhandlungen-laufen>, abgerufen am 20.1.2026

41 https://rp-online.de/nrw/staedte/duisburg/duisburg-ig-metall-will-staatlichen-einfluss-bei-thyssenkrupp-steel_aid-118547041, abgerufen am 20.1.2026

42 <https://www.igmetall.de/im-betrieb/thyssenkrupp-steel-demonstration-staatskanzlei-duesseldorf>, abgerufen am 20.1.2026

43 <https://www.politico.eu/article/der-mindestlohn-droht-politischer-sprengstoff-zu-werden/>, abgerufen am 20.1.2026

44 <https://www.dielinke-duisburg.de/start/aktuell/detail-aktuelle-nachrichten/stahlkonzerne-enteignen-zukunft-statt-kuendigung/>, abgerufen am 20.1.2026

5

Vergesellschaftung: ein öffentliches Eigentumsmodell als Transformationshebel

Die Krise der deutschen Stahlindustrie und das gleichzeitige Versagen marktbasierter Transformationsansätze machen deutlich: Es braucht grundlegend neue Modelle, um sowohl die industrielle Zukunft und lokale Wertschöpfung als auch die Klimaziele zu sichern. Vergesellschaftung bietet hier einen Ausweg aus dem Widerspruch zwischen kurzfristiger Profitorientierung und langfristigen gesellschaftlichen Zielen und ist angesichts der Herausforderungen in der europäischen Stahlindustrie der Kern von zukunftsfähiger Industriepolitik.

Warum Vergesellschaftung?

Überwindung struktureller Widersprüche

Die aktuelle Stahlkrise verstärkt ein fundamentales Problem: Private Konzerne stehen unter dem Druck kurzfristiger Renditeziele, wohingegen die Klimatransformation langfristige Planungshorizonte verlangt. Vergesellschaftung kann diesen Widerspruch auflösen, indem sie die Transformationsherausforderung vom kurzfristigen Kapitalverwertungsdruck befreit und eine langfristige, gesellschaftlich orientierte Planung ermöglicht. Durch öffentliches Eigentum im Stahlsektor können die Fragen nach der Zukunft einer europäischen Industrie, sinnvollen Transformationspfaden und realen Bedarfen in einer dekarbonisierten Produktion sinnvoll bearbeitet werden, ohne kurzfristige Profitabilität priorisieren zu müssen. Konsequente Orientierung am langfristigen Gemeinwohl ist von besonderer Bedeutung für einen Sektor, der von Investitionen mit enorm langen Amortisationszeiten geprägt ist und auf Planungssicherheit angewiesen ist.

Bestehende Marktkonzentration als Ausgangspunkt

Die Stahlindustrie ist aufgrund ihrer hohen Konzentration besonders geeignet für Vergesellschaftung: Die vier größten Unternehmen – TKSE, ArcelorMittal, Salzgitter AG und HKM – kontrollieren wie eingangs dargelegt den Großteil der nationalen Produktionskapazitäten. Diese Marktstruktur ermöglicht es, mit gezielten Eingriffen eben diesen Großteil der Kapazitäten in öffentliches Eigentum zu holen. Vergesellschaftung ist insofern kein utopisches Denken, sondern konkret umsetzbare und realistische Transformationspolitik.

Kurzfristige Nachfragedellen überstehen – Produktion und Beschäftigung langfristig planen und gemeinwohlorientierte Industriepolitik ermöglichen

In öffentlichem Eigentum würden die Produktionskapazitäten nicht nach kurzfristigen konjunkturellen Schwankungen, sondern am langfristigen gesellschaftlichen Bedarf an Stahl ausgerichtet werden. Öffentliche Stahlunternehmen können gezielt regionale Strukturpolitik betreiben und Standorte auch dann erhalten, wenn dies kurzfristig betriebswirtschaftlich nicht optimal erscheint. Statt abrupter Werksschließungen und Massenentlassungen können Standorte strategisch entwickelt und Arbeitsplätze durch Umschulung und alternative Industrieansiedlung gesichert werden. Dies ist auch volkswirtschaftlich sinnvoll, da die sozialen und monetären Kosten von Standortschließungen (Arbeitslosigkeit, regionale Auswirkungen) mit betriebswirtschaftlichen Einsparungen abgewogen werden müssen und können.

Auch gesamtgesellschaftlich bedeutet die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie Stahl einen bedeutenden Schritt in Richtung Demokratisierung der Wirtschaft. Notwendige öffentliche Debatten um Konversion, die die IG Metall und viele andere Akteure seit Jahrzehnten bewegen – etwa in Bezug auf Friedenspolitik oder die Mobilitätswende – werden erst dann bedeutungsvoll und wirkmächtig, wenn die Grundstoffproduktion im Sinne des Allgemeinwohls demokratisch organisiert werden kann. Die gesellschaftlich sinnvolle Menge an grünem Stahl kann dann insbesondere Projekten wie dem Ausbau der öffentlichen Mobilität und der erneuerbaren Energien zugeführt und koordiniert werden. Zugleich erlaubt Vergesellschaftung als demokratische Kontrolle einer Kernindustrie weitergehende aktive Industriepolitik, die steuernd etwa die Konversion von Rüstungs- oder anderer schädlicher Industrien begleiten kann.

Eckpunkte eines Transformationsmodells für die Stahlindustrie durch öffentliches Eigentum

Quelle: eigene Darstellung

KERNELEMENT	FUNKTION UND UMSETZUNGSWEGE	ÖKONOMISCH-POLITISCHE VORTEILE
Ambitionierter Klimaauftrag und Verringerung der Investitionsrisiken	Sektoraler Emissionsminderungspfad kompatibel mit den Pariser Klimazielen, inklusive öffentlicher Absicherung der notwendigen Investitionen für Klimapfad	Planungssicherheit für Investitionen
Bereitstellung von öffentlichem Eigenkapital für Transformationsphase & Re-Investition aller Eigenkapitalrenditen	Gewinne in den profitablen Teilen der Stahlindustrie werden für Investitionen zur Transformation der gesamten Branche verwendet	Beschleunigung der Dekarbonisierung, kein Abfluss von innerer Finanzkraft der Stahlbranche
Kooperative Marktgestaltung und Nachfragesteuerung durch aktive Industriepolitik und Konjunkturimpulse	Unterstützung kommunaler Bau- und Transformations-Projekte, Local-for-local-Produktion, inländische verpflichtende Quote für grünen Stahl mit Abfederung der kurzfristigen Mehrkosten	Stabile Abnahme grünen Stahls, Lokalisierung von Wirtschaftskreisläufen, Verringerung globaler Abhängigkeiten, dezentrale Versorgung
Demokratische Governance und Ausbau von Mitbestimmung	Ausbau der Mitbestimmung über gesetzliches Mindestmaß, öffentliche Anteilseigner und Zivilgesellschaft in Kontrollgremien	Legitimität der Transformationspolitik, Transparenz und Sicherstellung der Gemeinwohlorientierung
Gute Arbeit, Beschäftigungs- und Standortsicherheit	Schutz von Tarifbindung, Qualifizierung und Umschulung, Gerechtigkeit und Wertschätzung der Arbeit in der Transformation	Akzeptanz in Belegschaften für Transformationspfad
Gerechte, globale Kooperation	Technologietransfer in Länder mit guten Voraussetzungen für H2-Produktion, Beendigung asymmetrischer Handelsbeziehungen	Internationale Kooperation im Sinne globaler Gerechtigkeit

Vergesellschaftung der Stahlindustrie umsetzen – von der Transformationslösung zur Stahlindustrie in Gemeinwirtschaft

Vergesellschaftungen per Gesetz sind in Deutschland durch Art. 15 GG möglich. Eine Transformationsstrategie, die auf eine Stahlindustrie in Gemeinwirtschaft setzt, ist daher keine Utopie, sondern durch Vergesellschaftung als Instrument mit Verfassungsrang realpolitisch möglich.

Art. 15 GG: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. [...]“

Mit Anwendung von Art. 15 GG können die zentralen deutschen Stahlkonzerne – allen voran TKSE, ArcelorMittal und Salzgitter AG sowie Joint Ventures wie HKM – gegen den Willen der aktuellen Eigentümer*innen in Gemeineigentum überführt werden. Es ist eine Entschädigung zu zahlen, die abgeleitet aus dem verfassungsrechtlichen Ziel und gemäß der aktuellen Fachdebatte der Rechtswissenschaft⁴⁵ der Vergesellschaftung unter dem aktuellen Markt- bzw. Buchwert der zu vergesellschafteten Konzerne liegt. Im Fall einer Vergesellschaftung der maßgeblichen Teile der Stahlindustrie sind Entschädigungsmodelle denkbar, die vor allem Klimafolgeschäden sowie unmittelbar anstehende Investitionsbedarfe als Abzüge vom Marktwert der Unternehmen im Zuge einer verfassungsrechtlich angemessenen Entschädigungszahlung berücksichtigen.

Die finanziellen Belastungen durch die Entschädigungszahlungen sind bewältigbar, da die Entschädigungszahlungen nicht notwendigerweise direkt zu tätigen sind, sondern in verzinsten und handelbaren Schuldverschreibungen oder ähnlichen Wertpapieren möglich sind. Denkbar wäre etwa die Ausgabe von Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von 20 Jahren. Ein Tilgungszeitraum bis 2045 wäre möglich, da dies die aktuelle Zielmarke für die Klimaneutralität in Deutschland darstellt und diese Episode als „wirtschaftliche Sonderperiode“ mit starker öffentlicher Unterstützung für die Investitionen in die Klima-

neutralität anzusehen ist. Es ist davon auszugehen, dass die notwendigen Investitionen zur Dekarbonisierung der Stahlindustrie sowieso öffentlich gestützt werden müssen – mittels Vergesellschaftung ließe sich dies effizient und direkt umsetzen, statt nur private Investitionen anzuregen und durch staatliche Unterstützung abzusichern.

Durch eine Streckung der Entschädigung verringert sich die kurzfristige finanzielle Belastung durch die Vergesellschaftung und der Anteil der Entschädigungssumme, der aus den jährlichen Erlösen der Unternehmen getilgt werden kann, steigt. Ein solches Vergesellschaftungsmodell verhindert eine Überlastung der Unternehmen durch die Parallelität von Investitionsnotwendigkeiten und dem Abbezahlen der Entschädigungssumme. Eine Vergesellschaftung der gesamten Konzerne inklusive der profitablen Teile ist somit nicht nur rechtlich zulässig⁴⁶, sondern auch ökonomisch sinnvoll.

Kurzfristige Stabilisierung der Industrie

Im Kontext der aktuellen multifaktoriellen Krisensituation werden die kriselnden Stahlkonzerne in der kurzen Frist in eine gemeinsame Stahlgesellschaft in der Hand des Bundes und der stahlproduzierenden Länder überführt. Bund und jene Länder stellen dafür bei Gründung dieser öffentlichen Stahl-Holding Eigenkapital zur Verfügung, um die finanzielle Stabilisierung zu gewährleisten. Darüber hinaus werden so schnell wie möglich umfangreiche Mittel aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) als Direktzuschüsse vorgenommen, um die bereits geplanten Pilot-Dekarbonisierungsmaßnahmen finanziell sicherzustellen. Darüber hinaus wird weiteres öffentliches Eigenkapital notwendig sein, um die zügige Dekarbonisierung der deutschen Stahlindustrie zu projektieren und die dafür notwendigen Investitionen zu ermöglichen.

45 Abschlussbericht der Expertenkommission Vergesellschaftung des Landes Berlin:

<https://www.berlin.de/kommission-vergesellschaftung/downloads/>, abgerufen am 20.1.2026

46 Im Rechtsgutachten der Kanzlei Günther zum Basisfall Vergesellschaftung im Energiesektor finden sich konkrete Hinweise zum Vergesellschaftungsgegenstand Produktionsmittel, der beim Anwendungsfall Stahlindustrie zum Tragen kommen würde – <https://com-munia.de/wp-content/uploads/Energiestudie-02-V8-web.pdf>, abgerufen am 20.1.2026

Mittelfristige Konsolidierung, Demokratisierung und eine integrierte Stahl- und Industrieplanung

Das Stahlgeschäft wird nach einer Stabilisierungsphase, die vor allem auf die Absicherung und Beschleunigung des Dekarbonisierungspfades fokussiert, dann mittelfristig in einer gemeinsamen Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) gebündelt, um eine Stahlindustrie in Gemeinwirtschaft und die Ausrichtung an Gemeinwohlzielen dauerhaft sicherzustellen. Durch die schrittweise Überführung der vormals eigenständigen Konzerne in ein demokratisiertes öffentliches Unternehmen ergeben sich nicht nur umfangreiche Kontrollmöglichkeiten, sondern auch ökonomische Vorteile wie zusätzliche Synergieeffekte und Kosteneinsparungen – insbesondere bei Beschaffung, Vertrieb und Forschung. Eine solche AöR hätte im Errichtungsgesetz ein Reprivatisierungsverbot und würde so dauerhaft eine öffentliche Stahlindustrie als kritische Infrastruktur gewährleisten.

Eine solche öffentliche Stahlwirtschaft kann und sollte sich an den realen lokalen Bedarfen und einer gesellschaftlich bestimmten Nachfrage nach klimaneutralen Stahl orientieren. Dafür bräuchte es andere Koordinations- und demokratische Planungsmodelle, die eine rein marktbasierte Steuerung ersetzen.

Startpunkt für eine integrierte Planung der Stahlproduktion und der politischen Steuerung der (lokalen) Stahlnachfrage ist ein nationaler Stahlplan mit jährlichen Zielen. Dieser muss dabei verschränkt sein mit einem verbindlichen Transformationsplan zur beschleunigten Dekarbonisierung des Stahlsektors bis 2035. Regionalpläne sichern die lokale Transformation ab und geben Kommunen verlässliche Perspektiven. Der nationale Stahlplan, der regelmäßig fortgeschrieben wird und auch mittelfristige und langfristige Planziele enthält, ermöglicht eine weitsichtige Nachfragesteuerung, wodurch die lokale Abnahme von lokal produziertem Stahl abgesichert werden kann und sich die Risiken der erheblichen Investitionen in grünen Stahl minimieren.

Die langfristige Planung wird durch einen technischen Beirat sowie einen Planungsrat unterstützt. Diese Gremien sind mit Expert*innen aus Wissenschaft sowie aus Fachverbänden besetzt. Die Erstellung und regelmäßige Fortschreibung der Stahlpläne erfolgt iterativ und bezieht lokales Wissen der Beschäftigten der Stahlindustrie ein, um den Planungsprozess als demokratisches statt rein technokratisches Verfahren

zu organisieren. Sofern andere Teile der europäischen Stahlindustrie ebenfalls in Gemeinwirtschaft oder mindestens öffentlicher Kontrolle sind, sollte eine kooperative europäische Stahlkoordination oder gar Planung angestrebt werden.

Die Besetzung des Verwaltungsrats als wichtigstes Entscheidungsgremium der AöR erfolgt mit dem Ziel, demokratische Kontrolle und Repräsentanz relevanter gesellschaftlicher Interessen zu organisieren sowie die konsequente Orientierung am Gemeinwohl abzusichern. Die Besetzung darf nicht hinter die Montanmitbestimmung⁴⁷ zurückfallen, sollte jedoch die Vertretung der Arbeitnehmer*innenseite so weit diversifizieren, dass gesamtgesellschaftliche Interessen berücksichtigt werden, um bekannten Herausforderungen wie einen „Betriebsegoismus“ zulasten gesamtgesellschaftlicher Ziele etwas entgegenzusetzen. Ähnliches gilt für die Vertreter*innen der formalen Eigentümer*innen (also des Staates), die zivilgesellschaftliche Gruppen/Verbände sowie klimawissenschaftliche Perspektiven integrieren sollten.

Langfristige Perspektiven

Langfristig orientiert sich eine vergesellschaftete Stahlindustrie primär am realen inländischen bzw. lokalen Bedarf und kann im Zuge einer initialen Skalierungsphase für grünen Stahl ihre Exportorientierung abbauen. Dies reduziert die Abhängigkeit von volatilen Weltmärkten und ermöglicht eine bedarfsgerechte, nachhaltige Produktion. Diese langfristige Orientierung verhindert einen hohen Bedarf an importiertem grünen Wasserstoff der europäischen Stahlproduktion für den Stahllexport. Für die langfristige Geschäftstätigkeit der AöR muss gelten, den gesellschaftlich notwendigen Bedarf an grünem Wasserstoff für eine nationale oder europäische Grundstoffindustrie so weit wie möglich lokal zu decken, und asymmetrische Handelsbeziehungen für Wasserstoff zu verringern oder am besten ganz zu verhindern.

Langfristige Beschäftigungsverluste durch Verringerung der Exportorientierung werden von der AöR ausgeglichen. Allen Beschäftigten werden Umschulungen ermöglicht und alternative Arbeitsplätze mit äquivalenten Arbeitsbedingungen im dann potenziell vorhandenen Verbund gemeinwirtschaftlicher Produktionssektoren angeboten.

⁴⁷ Montanmitbestimmung als erweiterte Mitbestimmung im Sinne des „Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie“

Wirtschaftspolitische Flankierung, marktgestaltende Industriepolitik und Nachfragesteuerung

Um den Erfolg einer Vergesellschaftung zu ermöglichen, braucht es neben dem politischen Willen für einen Politikwechsel in der Industriepolitik auch flankierende Maßnahmen, insbesondere auf der Verwendungsseite, um kurz- und mittelfristig die Nutzung von lokalem, dekarbonisiertem Stahl zu fördern und einer Stahlproduktion eine stabile Abnahme zu sichern.

Der Stahlverbrauch könnte kurz- und mittelfristig unter anderem durch verbindliche Quoten für grünen Stahl in allen Bauprojekten und Infrastrukturvorhaben gesteuert werden. Gerade aus den Sektoren mit hoher öffentlicher Investitionsquote wie dem Bauhauptgewerbe oder dem ÖPNV/Verkehrssektor könnten Nachfrageimpulse nach grünem Stahl kommen.

Durch gezielte und ohnehin notwendige Maßnahmen, wie zum Beispiel den Ausbau öffentlicher Mobilität, lassen sich weitere lokale Absatzpotenziale mobilisieren, um Investitionen in grünen Stahl zu stützen. Auch industrielle Abnehmer sollten regulatorisch oder zumindest durch Zuschüsse zu einer festen Quote verpflichtet werden.

Kurz- und mittelfristig müssen Konjunktur- und Investitionspakete in Erwägung gezogen werden, die vor allem Investitionen in die Klimaneutralität priorisieren, sowie zum Abbau des Sanierungsstaus beitragen und dabei explizit die aktuell noch vorhandenen Mehrkosten von grünem Stahl berücksichtigen und abfedern. Dies kann ein wichtiger Beitrag sein, um einer Stahlindustrie in Gemeinwirtschaft die notwendige Nachfragesicherheit aus dem Inland zu geben, um ambitioniert die Dekarbonisierungsprojekte anzugehen und das bereits aufgezeigte Henne-Ei-Problem zwischen Angebot und Nachfrage bei der Stahltransformation zu lösen.

Um den notwendigen Wasserstoffhochlauf sinnvoll zu koordinieren und insbesondere Investitionen in Wasserstoffproduktion sowie Netze mit dem realen Bedarf der Industrie zu synchronisieren, braucht es sektorübergreifende Koordinationsmechanismen, also einen Ausbau von ökonomischer Koordination und Planung. Die Verwendung von Wasserstoff und der entsprechende Ausbau sollte ebenfalls durch öffentliche Institutionen geplant werden, und es sollte damit ein den Klimazielen sowie der regionalen Entwicklung dienlicher Hochlauf des Wasserstoffsektors angestoßen werden.

Langfristig ist eine Ausweitung gemeinwirtschaftlicher Formen in alle Bereiche der Industrie, Dienstleistungen und Daseinsvorsorge notwendig und wünschenswert, wodurch die inländische Nachfrage nach lokal produziertem, grünen Stahl nachhaltig stabilisiert und öffentlich planbar wäre. Ein Verbund gemeinwirtschaftlicher Unternehmen erhöht politische Steuerungsfähigkeit und unterstützt den Transformationspfad der deutschen Industrie flankierend. Statt Planungssicherheit lediglich für private Investitionen zu bieten, sorgen öffentliche Planung, öffentliche Direktinvestitionen und ein starker gemeinwirtschaftlicher Sektor für die gesellschaftliche und ökonomische Sicherheit, die eine Beschleunigung der Klimatransformation braucht.

6

Fazit und Forderungen

Die deutsche und europäische Stahlindustrie steht durch die Kombination von Überkapazitätskrise und Transformationsdilemma vor einem fundamentalen und ungelösten Problem. Die Kombination aus globaler Überproduktion, sinkender Profitabilität und hohen Investitionsanforderungen für grünen Stahl führt unter privaten Eigentumsverhältnissen strukturell zu Unterinvestition und schleichender Deindustrialisierung. Die aktuellen Ansätze der Stahl- und Industriepolitik werden dieser ökonomischen und politischen Herausforderung nicht ansatzweise gerecht und bedeuten mittelfristig faktisch ein langsames Sterben der lokalen Stahlproduktion. Eine Vergesellschaftung der Stahlindustrie auf Grundlage von Art. 15 GG eröffnet demgegenüber die Möglichkeit, Dekarbonisierung, Beschäftigungssicherung und regionale Wertschöpfung gemeinsam und planvoll zu organisieren.

Die Vergesellschaftung der Stahlindustrie auf Grundlage von Art. 15 GG bietet die Möglichkeit, eine Transformationsstrategie entlang der Kernelemente öffentlicher Kontrolle, der Ausweitung der Mitbestimmung in den Betrieben, mit kluger, langfristiger Industrieplanung und einem aktiven Transformations-

modell zu entwickeln. Dass die Stahlindustrie hierfür besonders geeignet ist, hängt mit ihrer Struktur als Grundstoffindustrie mit oligopolistischer Marktstruktur, hohen Fixkosten, langen Investitionszyklen und Bedeutung als kritische Infrastruktur zusammen – Argumente, die schon in den 1980er Jahren Gewerkschaften und Teile der Arbeiter*innenbewegung zu Vergesellschaftungsforderungen veranlasst haben. Angesichts der heutigen Investitionsbedarfe für grünen Stahl ist diese Strategie nicht nur aktuell, sondern dringlicher als je zuvor.

Die unzureichenden Ergebnisse des jüngsten Stahlgipfels und die tendenzielle Schwäche der Gewerkschaften zeigen, dass der aktuelle korporatistische Ansatz – Verhandlungen mit der Kapitaleseite bei weitgehend unverändertem Eigentumsregime – die strukturellen Probleme nicht löst. Anstelle einer Unterordnung unter das Ziel globaler Wettbewerbsfähigkeit braucht es gerade in Zeiten existenzieller Herausforderungen ambitionierte, durchdachte und überzeugende Forderungen, die einen Weg nach vorne weisen, statt sich unter Anstrengung im Status quo zu arrangieren.

Dem entgegen handelnd sollten sowohl Akteure aus der Gewerkschafts- sowie Klimabewegung als auch progressive Akteure in Parteien und Zivilgesellschaft sich auf folgende fünf miteinander verknüpfte Forderungen zur Zukunftssicherung der europäischen Stahlproduktion fokussieren:

1. **Stahlindustrie vergesellschaften und in öffentliche Holding bringen**
 - 1.1. Anwendung von Art. 15 GG auf die großen Stahlkonzerne, Überführung in Gemeinwirtschaft
 - 1.2. Gerechte Entschädigungszahlung unter Marktwert gemäß der zu tätigen Investitionen, mögliche Einbeziehung von Klimafolgekosten
2. **Beschäftigung sichern – Mitbestimmung ausbauen**
 - 2.1. Langfristige Beschäftigungsgarantien, tarifliche Absicherung, Qualifizierung- und Umschulung in öffentlicher Hand
 - 2.2. Demokratische Unternehmensverfassung mit erweiterter Mitbestimmung – Einbezug von Regionen und Zivilgesellschaft
3. **Klimatransformation durch öffentliches Eigenkapital beschleunigen**
 - 3.1. Öffentliche Übernahme und Absicherung aktuell geplanter Dekarbonisierungsprojekte
 - 3.2. Öffentlicher und langfristig orientierter Investitionsfonds, der von kurzfristigen Renditeerwartungen unabhängig ist
4. **Abnahme grünen Stahls organisieren**
 - 4.2. Kurzfristige Nachfrageimpulse durch öffentliche Beschaffung
 - 4.1. Mittel- bis langfristig Verknüpfung mit ambitionierter Industriestrategie entlang von öffentlichem 4.2. Eigentum und öffentlichen Direktinvestitionen, Abnahme in allen zentralen Wertschöpfungsketten
5. **Globale Gerechtigkeit und Kooperation in den Fokus nehmen**
 - 5.1. Langfristig Reduktion der Exportorientierung und Ausrichtung der Produktion auf bedarfsgerechte, regionale „Local-for-local“-Versorgung
 - 5.2. Zusammenarbeit mit anderen europäischen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen mit dem Ziel solidarischer Kooperation und europäischer Planung
 - 5.3. Technologietransfer und globale, gerechte Kooperation ohne Profitinteresse

